

E 5470/9-2-2405/24; VB_LIT01/25

Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz
Bautzner Straße 19a
01099 Dresden

Angebotsaufforderung

Verlängerung der Maintenance/Pflege von Lizenzen der Spracherkennungssoftware „Dragon Legal Anywhere“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz (LIT) hat einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Wir bitten Sie, über die Vergabeplattform www.evergabe.de im Zuge einer **Öffentlichen Ausschreibung nach § 3 VOL/A** ein Angebot einzureichen.

Für die Ausführung der Leistungen gelten die Vergabeunterlagen einschließlich der Angebotsaufforderung sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen der VOL/B.

1. Einführung

Die Leitstelle für Informationstechnologie (LIT) ist der IT-Dienstleister der sächsischen Justiz und verwaltet den im Geschäftsbereich vorhandenen Bestand an Lizenzen der Software „Dragon Legal Anywhere“ des Herstellers Nuance für die Online-Spracherkennung.

2. Leistungsgegenstand der Ausschreibung

Die LIT ist der IT-Dienstleister der sächsischen Justiz und beabsichtigt die Verlängerung der Maintenance/Pflege für den vorhandenen Lizenzbestand der Software „Dragon Legal Anywhere“ des Herstellers Nuance für die Online-Spracherkennung.

Gegenstand der Ausschreibung sind daher die Pflege von 2.485 Lizenzen der Software „Dragon Legal Anywhere“ des Herstellers Nuance (inkl. dazugehöriger NMC-Lizenzen) mit einer Laufzeit von 12 Monaten (01.07.2025 - 30.06.2026).

Für die Einzelheiten der Leistungsbeschreibung wird auf die **Anlagen 02 und 03** verwiesen.

3. Vergabebestimmungen

Es sind **nur elektronische Angebote** zugelassen.

Um die Anforderungen an ein elektronisches Angebot zu erfüllen, ist **zwingend die Abgabe** über die **Vergabeplattform www.evergabe.de erforderlich**. Eine Abgabe von Angeboten in schriftlicher Form, per E-Mail oder per Fax entspricht nicht diesen Anforderungen und führt zum Ausschluss. Auf der Vergabeplattform www.evergabe.de erhalten Sie weitere Informationen zu deren Verwendung.

Die elektronischen Angebote bzw. ggf. die Änderungen und Berichtigungen müssen **bis spätestens zum 08.05.2025 – 12:00 Uhr (Ausschlussfrist)** bei der Vergabeplattform **www.evergabe.de** eingegangen sein. Bis zum Ablauf dieser Frist können Angebote über die Vergabeplattform zurückgezogen oder geändert werden. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der fristgerechte Eingang des elektronischen Angebotes auf der Plattform maßgebend.

Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei sein. **Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.**

Das Angebot muss in deutscher Sprache abgefasst sein und die Preise sowie die geforderten Angaben und Erklärungen beinhalten.

Das Angebot und, soweit gefordert, auch weitere Erklärungen müssen **rechtsverbindlich unterschrieben** sein; andernfalls kann das Angebot ausgeschlossen werden.

Die rechtsverbindliche Unterschrift ist von der Person zu leisten, die für den Rechtsverkehr des Unternehmens befugt ist. Im Allgemeinen ist die Vertretungsberechtigung im Handels-, Vereins- oder dem Genossenschaftsregister festgelegt und bezieht sich meistens auf die Geschäftsführung oder auf die mit Prokura ausgestatteten Personen gemeinsam mit der Geschäftsführung. Ist eine Eintragung im Handels-, Vereins- oder dem Genossenschaftsregister nicht erforderlich, ist die Gewerbeanmeldung/-ummeldung als Kopie dem Teilnahmeantrag / Angebot beizufügen.

Die Vertretungsberechtigung ist durch Vollmacht (in Kopie) mit Abgabe des Teilnahmeantrages/Angebotes nachzuweisen. Bei berechtigtem Zweifel ist das Original auf Verlangen vorzuweisen.

Im Übrigen gelten die Vergabebestimmungen gemäß **Anlage 01**.

4. Ausschlussgründe und Eignung

Zum Nachweis des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB, § 6 VOL/A sowie zum Nachweis der Eignung sind mit der Angebotsabgabe die folgenden Unterlagen vorzulegen:

- a. Rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärungen nach § 123, 124 GWB, § 6 VOL/A, dass keine Ausschlussgründe vorliegen (**Anlagen 12 und 13**) oder Erklärung gleichen Inhalts.
- b. Nachweis der Eintragung im Berufs- oder Handelsregister des Mitgliedsstaates, in dem der Bewerber ansässig ist (Kopie, max. 1 Jahr alt). Sofern das Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist und keine handelsrechtliche Eintragungspflicht besteht, ist die Kopie der Gewerbe- bzw. -ummeldung einzureichen. Sofern auch die Gewerbeanmeldung entbehrlich ist, ist dies zu erklären. Die Abgabe des Teilnahmeantrages ist dann unter Angabe der Umsatzsteuernummer möglich.
- c. Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie über den Umsatz bezüglich der besonderen Leistungsart, die Gegenstand der Vergabe ist (Lieferung und Pflege von Softwareprodukten), jeweils bezogen auf die Jahre 2022, 2023 und 2024 (**Anlage 14**),
- d. Im Hinblick auf die ausgeschriebene Leistung aussagekräftige Darstellung des Bieters mit den Geschäftsbereichen und Tätigkeitsfeldern des Unternehmens, insbesondere An-

- zahl der beschäftigten Mitarbeiter, Datum der Unternehmensgründung, Hauptsitz des Unternehmens sowie Anzahl weiterer Unternehmensstandorte (**Anlage 14**), auch für alle teilnehmenden Mitglieder einer Bietergemeinschaft und Subunternehmer,
- e. Angabe von drei in Leistung und Umfang vergleichbaren Leistungen der Jahre 2023 und 2024 mit Angabe des Auftraggebers und deren Ansprechpartner, einer Beschreibung des Auftragsgegenstandes, des Auftragswertes oder der Lizenzanzahl, des Leistungsortes und des Ausführungszeitraums (**Anlage 15**),
 - f. Alternativ zu vorstehenden Forderungen (Buchstabe a-e): Abgabe der gültigen Eintragsbescheinigung in das AV-PQ (Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen), soweit diese Informationen im AVPQ hinterlegt sind
 - g. Abgabe der Eigenerklärung bzgl. der Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft (**Anlage 13**)
 - h. Nachweis einer aktuellen Haftpflichtversicherung über mind. 250.000 Euro je Schadensfall und Versicherungsjahr oder einer Erklärung, dass diese bis Vertragsschluss beigebracht wird, auch für alle teilnehmenden Mitglieder einer Bietergemeinschaft und Subunternehmer,
 - i. Gegebenenfalls: Erklärungen zu Bietergemeinschaft und Unterauftragnehmer (**Anlagen 06, 07**). Bei geplanter Beauftragung von Nachunternehmern hat der Bieter zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Leistungen (Mittel, Kapazitäten) der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, diese Unternehmen zu benennen und eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser vorzulegen,
 - j. Gegebenenfalls: Erklärung bei Berufung auf die Eignung anderer Unterauftragnehmer (**Anlage 08**)

5. Bewertung und Zuschlag

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot mit dem insgesamt niedrigsten Wertungspreis erteilt.

Im Übrigen wird auf die **Anlage 04** verwiesen.

6. Sonstiges

Rückfragen sind ausschließlich an die Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz via eVergabe **bis spätestens zum 02.05.2025** zu richten.

Die Bindefrist endet am **20.06.2025**.

Mit freundlichen Grüßen

Vergabestelle

Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz

Anlagen (die Anlagen werden Vertragsbestandteile)

- Anlage 01 - Vergabebestimmungen
- Anlage 02 - Leistungsbeschreibung
- Anlage 03 - Vertragliche Rahmenbedingungen
- Anlage 04 - Zuschlagskriterien und Bewertung

- Anlage 05 - Vertraulichkeitsvereinbarung Vergabeverfahren
- Anlage 06 - Erklärung Bietergemeinschaft
- Anlage 07 - Erklärung Unterauftragnehmer
- Anlage 08 - Erklärung Eignungsleihe
- Anlage 09 - Erklärung gewerbliche Schutzrechte
- Anlage 10 - Hinweise Datenschutz
- Anlage 11 - VwV Aktenführung

- Anlage 12 - Ausschlussgründe GWB
- Anlage 13 - Ausschlussgründe VOL A und Berufsgenossenschaft
- Anlage 14 - Eignungsanforderungen
- Anlage 15 - Referenzen

- Anlage 16 - Erklärung Mindestanforderungen
- Anlage 17 - Preisblatt
- Anlage 18 - Vertraulichkeitsvereinbarung Vertragsverhältnis
- Anlage 19 - Verpflichtung Informationssicherheit
- Anlage 20 - Verpflichtung Verpflichtungsgesetz
- Anlage 21 - Verpflichtung AO